

Cottbuser

Herzbl  tt

Chošebuska wuśobka

Die linke Zeitung aus der roten Ecke

18. Jahrgang / Nr. 09 (217)

September 2010

Bitte 0,75 Euro spenden

In dieser Ausgabe

Seite 3: Zum Gedenken an Wilhelm Pieck

Seite 5/6: Hartz IV und andere Grausamkeiten

Seite 9: Stadtumbau langfristig und zielgenau

Etwas politisch Herrliches

Vom Sommerfest der Cottbuser LINKEN am 21. August

Nach langen Jahren sommerfestlicher Dürre lud die Cottbuser LINKE am 21. August in die Freizeit-Oase wieder zu einem Sommerfest ein. Schön, dass diese gute Tradition wieder aufgegriffen wurde!

Warum nicht schon früher, fragt man sich, nachdem es doch so einen guten Verlauf nahm, und auf sehr viel positive Resonanz bei den Besuchern stieß.

Viele nutzten die Gelegenheit, sich mal über Politisches wie auch Privates auszutauschen, wozu man im sonstigen Parteilalltag kaum kommt. Wichtig! Finde ich.

Als „Stargast“ konnten wir die Vorsitzende der Bundespartei DIE LINKE., Gesine Löttsch, begrüßen. Und sie legte auch gleich zu Beginn des Sommerfestes richtig los.

Ihre Worte machten vor allem deutlich, wie sehr diese Partei gebraucht wird und

was sie durch ihre starke Präsenz im Bundestag, aber auch außerhalb der Parlamente, in den letzten Jahren erreicht hat. Unser aller Verantwortung dürfte deshalb sein, dass dies so bleibt und DIE LINKE. noch mehr gestärkt wird.

Dankenswerterweise stand die Genossin Vorsitzende nach ihrem großen Auftritt auch noch für basisnahe Gespräche zur Verfügung.

Auch ich nutzte die Möglichkeit. Wann hat man schon die Chefin vor sich? Meine Themen: Mehr Rückhalt für den Genossen Klaus Ernst (auch durch die Parteispitze), der einer beispiellosen Kampagne gegenübersteht, und mehr Anstrengungen der Partei, mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Aktivitäten für unsere Politik zu werben.

Natürlich geht es bei LINKE-Festen nicht nur immer um Politik, sind wir

doch auch eine Partei der Kultur. Nicht immer, einverstanden. Aber an diesem Tage schon. Dixieland, Akrobatik, Bauchtanz und Kabarett trugen zur kulturellen Untermauerung dieses Farbtupfers im Cottbuser LINKE-Parteileben bei. Dank den Beteiligten!

Am Ort des Geschehens dieses LINKE-Sommerfestes fanden parallel auch Einschulungen statt. Kein Problem, hat doch die Partei DIE LINKE. auch noch viel zu lernen. Zum Beispiel, dass man gute bewährte Traditionen nicht über Jahre ungepflegt lässt.

Die nun gelungene Neuauflage des Sommerfestes sollte allen genug Mut, Kraft und Einsicht verliehen haben, es wieder zu tun: Ein Sommerfest der Cottbuser LINKEN!

Text: René Lindenau



Das Sommerfest war gut besucht



Die Jugend verteilte süße Sachen

Wieder etwas Neues aus Berlin

Einen Umgang auf Augenhöhe finden!

Deutschland hat einen neuen Bundespräsidenten. CDU, CSU und FDP haben ihren Kandidaten, Christian Wulff, mit Mühe gewählt bekommen. Der gesamte Vorgang ist jedoch eine schwere Niederlage für die Regierung und eine weitere Schwächung von Bundeskanzlerin Merkel.

Es hätte auch anders kommen können. Statt des CDU-Mannes wäre auch ein Bundespräsident denkbar gewesen, der sein Leben nicht in den Hinterzimmern der CDU verbracht hat. Hierfür hätten sich SPD, Grüne und Linkspartei auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen müssen, der auch für das bürgerliche Lager wählbar gewesen wäre. Die hierzu erforderlichen Gespräche haben SPD und Grüne jedoch nicht geführt.

Stattdessen haben sie keine Gelegenheit ausgelassen, DIE LINKE im Vorfeld der Wahl auszugrenzen. Daran stoße ich mich.

Solange es der SPD im Bund weiter darum geht, die Linkspartei als ewiggestrige Stasikader zu stigmatisieren, wird sich weiterhin wenig in Richtung Rot-Rot-Grün

bewegen. Den Sozialdemokraten sollte klar sein, dass man nicht alles gleichzeitig haben kann. Es ist nicht möglich, die Unterstützung der LINKEN zu haben, wenn man sie zeitgleich bei jeder Gelegenheit mit Dreck beschmeißt. Unsere Stimmen gibt es nur dann, wenn ernsthafte, vertrauliche politische Zusammenarbeit gewollt ist. Der willenlose Steigbügelhalter für eine erneute Kanzlerschaft der SPD werden die Linken jedenfalls nicht sein.

Sozialdemokraten und Grüne müssen sich klar werden: Wenn tatsächlich eine Partnerschaft gewünscht ist, müssen wir einen Umgang auf Augenhöhe finden.

Ansonsten ist der Aufbau von Vertrauen und politischer Verlässlichkeit unmöglich. Beides sind aber Grundvoraussetzungen für eine fruchtbare Zusammenarbeit.

Die gescheiterten (Schein-)Sondierungsgespräche in Nordrhein-Westfalen und die Wahl Christian Wulffs zum Bundespräsidenten sind eine Warnung. Entweder alle Beteiligten bewegen sich und beginnen einen ernsthaften Austausch, oder Union und FDP können ungestört

weiter vor sich hin stümpfern. Es ist jetzt unabdingbar, eine Kultur des Respekts und der ehrlichen Neugier zwischen LINKEN, SPD und Grünen zu etablieren. Das ist für mich die Quintessenz aus den unrühmlichen Wochen vor der Wahl des Bundespräsidenten.

Die Bemühung, einen besseren Umgang zwischen den „linken“ Parteien zu finden, ist alternativlos. Die inhaltlichen Schnittmengen zwischen LINKEN, SPD und Grünen sind anhaltend groß. Es ist nur mit diesen drei Partnern möglich, einen politischen Wechsel zu erreichen. Und den brauchen wir. Das haben die desaströsen Monate unter der schwarz-gelben Bundesregierung mehr als deutlich gezeigt.

Ich werde mich zukünftig verstärkt für einen Austausch zwischen LINKEN, SPD und Grünen einzusetzen. Mit der derzeitigen Situation ist niemandem geholfen. Vielleicht gelingt es ja, in fünf Jahren einen linken Bundespräsidenten zu wählen. Schön wäre es.

Mit herzlichen Grüßen,
Wolfgang Neškovic

Eine solide Haushaltspolitik in Brandenburg

Halbjahresbericht bezeugt: Verantwortungsbewusst und diszipliniert

Brandenburgs Finanzminister Helmuth Markov, DIE LINKE. (Foto) hat am 12. August dem Landtag den Halbjahresbericht 2010 übergeben. Dazu erklärt der Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik, Christian Görke:

Der Halbjahresbericht des Finanzministeriums belegt: Brandenburg betreibt eine solide, verantwortungsbewusste Haushaltspolitik. Sie stellt sich mit Augenmaß den Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, behält die Konsolidierung des Haushaltes im Auge, sichert die Handlungs- und Innovationsfähigkeit des Staates und wahrt bei alledem ein Höchstmaß an Haushaltsdisziplin.

Die haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen waren und sind sowohl der Sache als auch der Form nach berechtigt. Sie dienen dem Land, vermeiden Belastungen für künftige Jahre und erlauben zudem höchstmögliche Flexibilität unter



Beachtung der Haushaltshoheit der Ministerien. Ein Blick in den Halbjahresbericht zeigt zudem: Die jüngsten Attacken der Opposition gegen den Minister und

seine Entscheidungen sind nichts als substanzloses, in sich widersprüchliches und destruktives Lamento, das obendrein die Bevölkerung in unverantwortlicher Weise verunsichert. So hieß es einerseits, die haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen gingen ins Leere und erzielten keine Wirkungen. Tatsächlich aber beziffern sich die Effekte bei Personalkosten und sächlichen Ausgaben auf fast 60 Millionen Euro.

Andererseits wurde vor dem Zusammenbruch der Investitionstätigkeit im Land gewarnt. Hier zeigt der Bericht: Betroffen ist ein Investitionsvolumen von gerade einmal 8,6 Millionen Euro – es gibt keine, wie von der Opposition behauptet, Blockade von mehr als 100 Millionen Euro. Tatsächlich stehen im laufenden Jahr trotz der haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen mehr Investitionsmittel bereit als im vergangenen Jahr.

Zum Gedenken an den 50. Todestag von Wilhelm Pieck: Er war der Repräsentant der „kleinen Leute“

3. Januar 1876. In der Königstrasse 28 in Guben (heute Gubin, östlich der Neiße) wird ein Junge geboren, der Wilhelm genannt wird.

Nach der Tischlerlehre geht er auf Wanderschaft und kommt dabei mit der Politik in Berührung. So bleibt es nicht aus, dass er der SPD beitrifft (1895 bis 1918) und später der KPD angehört (1918 bis 1946) und 1946 einer der beiden Vorsitzenden der SED wird.

Er empfing viele Ehrungen

Am 11. Oktober 1949 wird er zum Präsidenten der DDR gewählt, einem Staat, der sich das hohe Ziel setzte, ein demokratischer und später sozialistischer Staat zu werden. In seiner Tätigkeit als Partei- und Staatsfunktionär empfing er viele Ehrungen, wurde oftmals glorifiziert, aber auch geschmäht.

Unter den Ehrungen war eine, die er besonders hoch einschätzte, nämlich die Ehrenbürgerwürde seiner Heimatstadt. Diese erhielt er am 5. Mai 1946, als er auf einer Großkundgebung auf dem Reipo-Platz vor rund 10 000 Einwohnern sprach.

Heute ist er einer der Ehrenbürger der Stadt. Ehrenbürger konnte und kann

man werden, wenn man besondere Verdienste um die Gemeinde hat.

Hatte er die? Ich meine ja, denn er setzte sich auch vor 1933 in Guben stets für die Interessen der arbeitenden Menschen ein und entlarvte die Gefahr des aufkommenden Faschismus, so beispielsweise am 12. September 1930, als er anlässlich der Reichstagswahlen in einer Wahlversammlung im Kaisergarten sprach.

In die Emigration gezwungen

Der Faschismus zwang ihn in die Emigration. Im Frühjahr 1945 nach Deutschland zurückgekehrt, war er noch fünf Mal in Guben und machte seiner Heimatstadt das große Geschenk einer modernen

Schule, in der am 3. März 1952 für 550 Schüler der erste Unterrichtstag stattfand. Damit wurde ein weiterer Schritt zur Überwindung der durch den faschistischen Krieg in Guben verursachten Schulnot getan.

Obwohl er bei der Grundsteinlegung der Schule am 7. Juli 1951 letztmalig in Guben weilte, verlor er niemals den Kontakt zu seiner Stadt, denn oftmals empfing er in seinem Amtssitz in Berlin-Hohenschönhausen Delegationen aus unserem Ort, ließ sich dabei über die Entwicklung berichten, gab Hinweise und Ratschläge.



Das Wilhelm-Pieck-Monument in Guben

Besonders freute Wilhelm Pieck sich über die Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Menschen, verfolgte den beginnenden Wiederaufbau der Stadt und fragte immer wieder nach der Fürsorge für die Kinder und die älteren Leute.

Es war durchaus in seinem Interesse, wenn im Jahr seines 100. Geburtstages, also 1976, 18 kommunale und betriebliche Vorschuleinrichtungen bestanden, 74 Prozent aller Schulkinder an der Schulspeisung teilnahmen und die 28 Insassen des Feierabendheimes Krayne, die von sechs Personen umsorgt wurden, monatlich nur 78,60 Mark für Unterkunft, Verpflegung und Betreuung entrichten mussten.

Wilhelm, wie er im Volksmund genannt wurde, war eine volkstümliche Person, geachtet, anerkannt und von Vielen verehrt. Sein Tod am 7. September 1960 war Anlass, über seine Ehrung in seiner Heimatstadt nachzudenken. Dazu gehörte unter anderem die Verleihung seines Namens an die Stadt Guben, die Enthüllung des Monuments am 3. Januar 1976 und auch die bereits am 3. Januar 1965 erfolgte Übergabe der Wilhelm-Pieck-Gedenkstätte. Diese wurde bis Juli 1976 von 165 000 Menschen - darunter Bürger aus 40 Ländern - besucht. Heute wäre diese Gedenkstätte des Ersten und einzigen

Präsidenten der DDR sicherlich ein Anziehungspunkt für viele Auswärtige und würde wesentlich zur Attraktivität unserer Stadt und zur Aufarbeitung der Geschichte beitragen.

Doch politische Intoleranz hat sie, wie viele andere Erinnerungsstätten- und Namen aus dem Leben der Stadt getilgt. Was übrig geblieben ist, verrottet - so wie das Monument und die Schule in der Friedrich-Engels-Straße - so vor sich hin.

Am 7. September 1960, vor 50 Jahren, schloss Wilhelm Pieck seine Augen. Damit verstarb ein Mensch, der in breiten

Kreisen der Bevölkerung als der Repräsentant der „kleinen Leute“ angesehen wurde.

Er ist für uns keine Kultfigur

Für uns, DIE LINKE., ist Wilhelm Pieck keine Kultfigur. Deshalb haben wir uns in Veranstaltungen, Presseartikeln und im „Linken Stadtanzeiger“ mit seinem Wirken und den dabei aufgetretenen Haltungen befasst (siehe „Gubener Heimatkalender 2006“: „Nachdenken über Wilhelm Pieck“).

Auch dieses Jahr, am 7. September, werden wir uns am Monument treffen, über Wilhelm Pieck reden und eine Blumengebinde niederlegen.

Manfred Augustyniak

LINKE-Programmatik im Cottbuser Stadthaus

Als Gast einer Diskussionsveranstaltung über Fragen des künftigen Programms der Partei DIE LINKE. konnte am 14. Juni das Mitglied der sehr plural zusammengesetzten Programmkommission, Prof. Michael Brie, in Cottbus begrüßt werden. Immerhin waren rund 80 interessierte Bürger der Einladung in das Stadthaus gefolgt.

Nach den vielen Wahlkämpfen ist es nun auch endlich an der Zeit, mit dem notwendigen programmatischen Klärungsprozess zu beginnen. Denn eine Partei, die programmatische Defizite zulässt, und DIE LINKE. hat sie, der fehlt der Kompass und man kommt vom Kurs ab.

Demnach ist so eine Programmdiskussion auch so etwas wie eine Kursbestimmung. Wohin soll die Reise gehen? Was soll zum Gepäck gehören? Wie will man seine Ziele erreichen?

In der Präambel des ersten Programm-entwurfs sah der „Rote Professor“ die Grundlagen hierfür ganz gut abgesteckt. Daraus zitierte er: „Gemeinsam mit gewerkschaftlichen Kräften, sozialen Be-

wegungen, mit anderen linken Parteien, mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, Europa und weltweit sind wir auf der Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative.“ Ziel dieses „Suchprozesses“ (M.B.) soll der demokratische Sozialismus sein, wofür sich im Entwurf auch eine Definition findet.

Ja - ein demokratischer Sozialismus soll es sein, eingedenk dessen, was die DDR nicht war und was sie scheitern ließ. Die DDR, so Prof. Michael Brie, war sozial aber nicht demokratisch.

Bei aller gesellschaftstheoretischer Zukunftsvision einer Partei: Ein solides Programmdokument erfordert auch Antworten auf praktisch-tagespolitische Fragen.

Es ist nicht nur wichtig, sich über Inhalte und Vorhaben der nächsten 3 bis zehn Jahre zu verständigen, es ist ebenso wichtig die Haftung zum Hier und Jetzt nicht zu verlieren. Der Entwurf leistet das, was der Referent meines Erachtens in seinem Vortrag mit beweiskräftigen Worten darzulegen wusste.

Linke Politik in einer Krise heißt, zu verhindern, dass sie zu einer Katastrophe wird, meinte Professor Michael Brie.

Dem fügte er eine Replik an das vor etwa zehn Jahren von den damaligen ex-sozialdemokratischen Regierungschefs Schröder und Blair vorgelegte gleichnamige Katastrophen-Papier an. Viel von dem ist heute bittere soziale Realität: Niedriglohnsektor, massiver Rückgang der Lohnquote. Manchmal werden Papiere auch wahr...

Heute sind wir mittendrin - in der Krise. In ihr hat nun die Programmdebatte der LINKEN begonnen. Möge sie viel Fruchtbares und Brauchbares hervorbringen. Möge es ein Programm der begehren Wege und der offenen Türen werden. Zielbewusst formulierte Prof. Michael Brie folgendes: Das politische Grundanliegen der Partei DIE LINKE. bestehe darin, den Kapitalismus zunächst zurückzudrängen und ihn dann schließlich zu überwinden. Dabei solle die Partei alles unterstützen, was einen sozialen Wandel bringe.

Denn: „Weiter so geht nicht“!

*René Lindenau
(Siehe auch Seite 6)*

„Unser Parlament aus TON“

Jürgen Maresch: Eine Idee und ihre beispielgebende Umsetzung

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen in Brandenburg e.V. initiierte ein Projekt: „Unser Parlament aus TON“. Daran beteiligten sich elf Brandenburgische Kunstschulen. Entstanden ist das gesamte brandenburgische Landesparlament in Kleinformat. Eines von 92 Kindern und Jugendlichen hat sich konkret mit mir beschäftigt und mich aus Ton geformt und gestaltet. Ich persönlich finde diese Idee und die Umsetzung beispielgebend und ausgezeichnet. Persönlich darf ich sagen, dass ich mich gut getroffen fühle. Ich weiß nicht wer mich modelliert hat, trotzdem Danke und Anerkennung für diese Arbeit.

*Jürgen Maresch,
Landtagsabgeordneter,
Erster Polizeihauptkommissar a.D.,
Sprecher für Menschen
mit Behinderung und Minderheiten*



Hartz IV und andere Grausamkeiten: Sie haben das Recht, zu schweigen...

Vor einiger Zeit fragte mich ein guter Freund, wie es denn im Arbeitsamt so wäre – er würde sich diese Behörde gerne mal von Innen ansehen, um mit eigenen Augen zu sehen, wie es da so zugeht. Ich habe ihm dringend davon abgeraten, mit dem Hinweis, dass er seine bürgerlichen Rechte nicht mit hineinnehmen könnte, die müsste er nämlich an der Tür abgeben.

Doch mehr als fünf Millionen Menschen in Deutschland haben diesbezüglich keine Wahl: Egal ob sie arbeiten oder nicht: Der Gang in die ungeliebte Behörde bleibt für die Meisten von ihnen wohl bis ans Ende ihrer Tage ein Bestandteil ihres Lebens.

Ich möchte hier nur einen kleinen Auszug aus dem Alltag der Hartz-IV-Behörden wiedergeben. Die Art und Weise, wie die „Kunden“ in vielen Ämtern behandelt werden, zeugt von Willkür und Missachtung von Grundrechten.

Einige Fälle haben es zu trauriger Berühmtheit gebracht.

- Er war das erste Todesopfer der Hartz-IV-Reform: Ein 20-jähriger Mann, der in Speyer bei Mannheim mit seiner Mutter eine gemeinsame Wohnung bewohnte, war im April 2007 verhungert, weil ihm die zuständige Behörde die Leistung zunächst gekürzt und dann komplett gestrichen hatte. Die Mutter (sie wurde mit starker Unterernährung ins Krankenhaus gebracht) erklärte, sie hätten kein Geld mehr gehabt, um etwas zum Essen zu kaufen. Die zuständige Behörde weist jegliche Schuld von sich: Der junge Mann hätte sich nicht auf angebotene Arbeit hin beworben und sei auch nicht zu den Terminen bei seinem Fallmanager erschienen. Im Übrigen sei man davon ausgegangen, dass er vielleicht sein Geld von woanders her beziehe. Nach den Gründen für das Fernbleiben des jungen Mannes fragte Niemand. Auch nicht, ob er überhaupt in der Lage war, die in bürokratischem Deutsch abgefassten Anschreiben von der Hartz-IV-Behörde überhaupt zu verstehen.
- Am 29. Januar 2009 berichtete die ARD-Sendung „Report Mainz“ von ei-

- nem 53-jährigen Mann aus Greifswald, der durch die zuständige Hartz-IV-Behörde solange sanktioniert wurde, bis er in die Obdachlosigkeit gezwungen wurde. Die Behörde zahlte ihm neun Monate lang überhaupt kein Geld mehr und begründete ihre Sanktionen mit dem Hinweis, dass der Betroffene keine Bewerbungen geschrieben und seine Mitwirkungspflichten verletzt hatte, indem er nicht zu den geforderten Terminen beim Fallmanager erschienen war. Der Mann hätte diese Auflagen nie erfüllen können, weil er weder lesen noch schreiben konnte.
- Einer jungen Frau und ihren Kindern wurde über ein Jahr lang zu viel ALG II ausgezahlt, ohne dass sie es merkte. Sie vertraute auf die Richtigkeit der



Bescheide vom Amt und fiel aus allen Wolken, als ihr mitgeteilt wurde, dass sie „Leistungen zu Unrecht erhalten hatte“. Die Behörde forderte das zu viel gezahlte Geld zurück – einen vierstelligen Betrag! Widerspruch war zwecklos. Mehr noch: Die Behörde zeigte die junge Frau bei der Polizei wegen Betrug an.

Als sie später bei der Jobsuche ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen musste, war dieser Eintrag eigentlich das Aus für ihren zukünftigen Job. Sie bekam die Stelle trotzdem – die Arbeitgeberin hatte Verständnis, nachdem die Frau ihr die Umstände erklärt hatte.

Im Übrigen wurde die Rückforderung des Arbeitsamtes ein Jahr lang in Raten von der Regelleistung der jungen

Frau abgezogen. Mit Zinsen und Mahngebühr versteht sich.

- Die Hartz-IV-Behörde in Köln zwang vor einigen Jahren ihre „Kunden“, eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben, in der festgelegt wurde, wie viel Geld pro Monat für Neuanschaffungen angespart werden muss.
- In vielen Hartz-IV-Behörden ist man dazu übergegangen, Menschen, denen die Leistungen zuvor mittels Sanktionen komplett gestrichen wurden, zu den Lebensmittel-Tafeln zu schicken, um etwas zum Essen zu bekommen. Diese Praxis ist rechtswidrig: Einem offensichtlich Mittellosen müssen auf Verlangen Lebensmittel-Gutscheine ausgestellt werden.
- Ein großer Teil der ALG-II-Bezieher, sieht sich regelrechten Verhören durch die Mitarbeiter von Hartz-IV-Behörden ausgesetzt. Bei der obligatorischen Vorlage ihrer Kontoauszüge bei ihrer Fallmanagerin musste sich eine Frau die Frage gefallen lassen, was sie denn für rund 34 Euro bei einer Drogerie-Kette gekauft hätte (sie hatte den Einkauf mit ihrer EC-Karte bezahlt).
- In vielen Hartz-IV-Behörden müssen Kinder aus Hartz-IV-Familien regelmäßig ihre Schulzeugnisse vorlegen. Viele SchülerInnen mit guten Noten, die nach der 10. Klasse eine weiterführende Schule oder eine Fachschule besuchen wollen, werden gedrängt, eine Berufsausbildung zu beginnen, um sich möglichst schnell einen Job zu suchen. Die Behörden begründen das damit, dass sie schließlich mit dafür sorgen müssten, dass die Jugendlichen ihre Hilfebedürftigkeit beenden. Doch weder das SGB II noch das SGB XII bieten dafür eine gesetzliche Handhabe. Die Eltern der Jugendlichen sind empört über dieses Vorgehen und fühlen sich in ihrer Erziehungskompetenz behindert.
- Das Jobcenter Cottbus schickt neuerdings junge Mädchen, die nach der Schule noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, zum Militär: Die Be-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Die spinnen, die „Römer“!

Nachdem nun auch endlich die Bundesverfassungsrichter im Februar dieses Jahres dahinter kamen, dass die Hartz-IV-Regelsätze zumindest für Kinder so nicht rechtens sind, gab es viel Jubel und viel Wehgeschrei.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die längst überfällige Erhöhung der Regelsätze, nicht nur für die Kinder, gab Außenminister Guido Westerwelle seine spektakuläre Erklärung ab, die da lautete: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, ruft auf zu spätrömischer Dekadenz!“ Das konnten die Mitglieder der Arbeitsloseninitiative in Darmstadt nicht auf sich sitzen lassen!

An einem kühlen Märztage zogen etwa zehn als Römer verkleidete Arbeitslose mit einem Schild, auf dem „SALVE GUIDO!“ stand, in das dortige FDP-Büro ein. Unter dem Protest der Mitarbeiter verzehrten die „Römer“ ihre mitgebrachten Köstlichkeiten wie Lachs, Hähnchenschenkel und Weintrauben und sprachen auch fröhlich dem mitgebrachten Champagner zu. Die herbeigerufenen Polizisten waren eher amüsiert und warteten belustigt, bis die „Römer“ ihr Gelage beendet hatten. Alsdann zogen diese mit wehendem Helmbusch und Sandalen von dannen.

Der Leiter des FDP-Büros war dagegen nicht erfreut: Er erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruch.

Sigrid Mertineit

Zitat

Die Krisen werden zurzeit von denen bezahlt, die am ehesten aus der Gesellschaft ausgegliedert werden.

Helmut Schmidt hat einmal formuliert: Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Das trifft nicht mehr zu. Die Gewinne von heute erzeugen die Arbeitslosen von morgen.

Prof. Oskar Negt

ist Sozialwissenschaftler, geht mit Marx als Gesellschaftsidee mit, hat aber mit der LINKEN nichts am Hut

Hartz IV und andere Grausamkeiten: Sie haben das Recht, zu schweigen...

(Fortsetzung von Seite 5)

troffenen erhalten eine Aufforderung, sich bei der Bundeswehr in einem Standort als Zeitsoldat mit entsprechender Berufsausbildung zu bewerben. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, droht ihnen sehr schnell die komplette Leistungskürzung. Im Gegensatz zu jungen Männern, die (noch) der Wehrpflicht unterliegen, haben Frauen die Möglichkeit, sich freiwillig(!) in der Bundeswehr als Zeitsoldaten zu bewerben.

■ Anfang 2010 wurde das staatliche Kindergeld für jedes Kind um 20 Euro angehoben. Bekanntlich wird das Kindergeld auf die Hartz-IV-Leistung angerechnet. Auf Nachfragen vieler Mütter erklärte man, sie müssten nichts weiter unternehmen. Das mit der Anrechnung würde schon automatisch

laufen. Doch im Jobcenter Cottbus (und auch anderswo) vergaß man im Januar, diese Anrechnung auch vorzunehmen. Monate später erhielten die Mütter von der Behörde die Mitteilung, dass sie „Leistungen zu Unrecht bezogen“ haben, verbunden mit der Forderung, das Geld zurückzuzahlen. Doch die Mütter haben das Geld nicht mehr: Zu knapp sind die Finanzen in den Familien bemessen. Und überhaupt: Die Schuld liegt doch beim Jobcenter!

Viele Mütter haben Widerspruch eingelegt und weigern sich, für die Fehler des Jobcenters auch noch zu bezahlen.

Nebenbei gesagt: Es kostet die Behörde etwa 80 Euro pro Fall, um einen Betrag von 20 Euro wieder einzutreiben. Was für eine Verschwendung!

Sigrid Mertineit

Es geht um die Partei-Programmdiskussion

Kreisweite Kommission gebildet

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir alle haben sicherlich die Auftaktveranstaltung zur Programmdiskussion am 14. Juni 2010 noch in lebhafter Erinnerung.

Der Kreisvorstand DIE LINKE. Lausitz hat in einer anschließenden Sitzung beschlossen, eine kreisweite Programmkommission zu bilden. Diese hat die Aufgabe, Hinweise und Vorschläge zur Gestaltung des Parteiprogramms zu sammeln, aufzuarbeiten und weiter zu leiten.

Der Programmkommission gehören an:

Vorsitzende: Katrin Leppich
stellv. Vorsitzender: Dr. Dietrich Loeff
André Groß
Lutz Schallschmidt

Eine Mitarbeit weiterer interessierter Genossinnen und Genossen ist natürlich jederzeit möglich.

Ich bitte Euch herzlich, wenn Ihr in Euren BO, AG und IG Vorschläge für das neue Parteiprogramm diskutiert bzw. erarbeitet habt, diese Vorschläge bis Ende Oktober an die Parteikommission des Kreisverbandes zu leiten. Dort werden diese gesammelt und dann weitergeleitet.

Ich hoffe sehr, dass viele Vorschläge aus Cottbus in der Kreiskommission eingehen und bitte Euch herzlich um eine intensive Diskussion. Von unserer Seite aus werden wir dies natürlich nach Kräften unterstützen. Auch die eine oder andere Veranstaltung ist dazu noch in Planung.

Jürgen Maresch

Wie arm ist unser Land wirklich?

Arbeit und Gewerkschaften

- Bundesweit arbeiten 2,2 Millionen Menschen für einen Stundenlohn von weniger als sechs Euro, 1,3 Millionen arbeiten für weniger als fünf Euro.
- 1,2 Millionen Menschen können nicht vom Lohn ihrer Arbeit leben – sie müssen zusätzlich ALG II beantragen.
- In Deutschland gibt es keinen gesetzlichen Mindestlohn – damit befinden wir uns in guter Gesellschaft mit Zypern. ABER: Etwa 80 Prozent der Menschen in Deutschland fordern ihn – den Mindestlohn per Gesetz.
- Mittlerweile gibt es einen erheblichen Fachkräftemangel: Bis 2015 werden in Berlin/Brandenburg rund 273 000 Fachkräfte fehlen.
- Nur 52 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland sind tarifgebunden.
- 24 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland werden als prekär eingestuft.
- Im Handel arbeiten in Berlin/Brandenburg rund 280 000 Menschen – 70 Prozent davon sind Frauen – 70 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse sind Teilzeitverträge.
- Gerade im Handel tobt derzeit ein erbarmungsloser Preis- und Verdrän-

gungskampf. Dabei steht Deutschland mit 0,8 m² Verkaufsfläche pro Kopf an der Weltspitze!

- Die Gründung von Leiharbeitsfirmen als Tochterunternehmen von Discountern mit anschließender Einstellung der zuvor entlassenen Beschäftigten zum wesentlich niedrigeren Lohn als LeiharbeiterInnen ist keine unrühmliche Ausnahme wie bei SCHLECKER, sondern die Regel. Auch andere Großunternehmen haben dieses „Verfahren“ als Methode zur Einsparung von Lohnkosten für sich entdeckt.

Zahlen und Fakten

- Von den Beschäftigten in der Branche Nahrungsmittel/Genuss/Gaststätten sind in Berlin/Brandenburg nur fünf Prozent gewerkschaftlich organisiert.

Grundsicherung – Hartz IV – Armut

- Für alle Grundsicherungssysteme werden in Deutschland jährlich etwa 41 Milliarden Euro ausgegeben – das sind rund fünf Prozent des Staatshaushaltes.
- Ende 2007 waren etwa acht Millionen Menschen in der BRD auf Grundsiche-

rungsleistungen angewiesen. Im Juni 2006 waren es noch sieben Millionen

- Zu Beginn der Hartz-IV-Ära waren etwa 5,5 Millionen Menschen auf ALG II/Sozialhilfe angewiesen. Bis Juni desselben Jahres war diese Anzahl bereits auf über sechs Millionen gestiegen.
- In Berlin beträgt der Anteil der Empfänger von ALG II/Sozialhilfe 19 Prozent, im ganzen Land Brandenburg sind es 14 Prozent der Bevölkerung.
- Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Januar 2005 zum ALG II bekommen nur 40 Prozent der Berechtigten mehr Geld als vorher – 60 Prozent von ihnen erhalten weniger Geld.
- Der Personenkreis im ALG-II-Bezug setzt sich wie folgt zusammen:
 - 42 Prozent sind Singles
 - 25 Prozent Paare mit Kindern
 - 19 Prozent Paare ohne Kinder
 - 14 Prozent Alleinerziehende
- Vom Armutsrisiko besonders betroffen sind:
 - Kinder und junge Erwachsene
 - Menschen zwischen 40 und 50 Jahren und darüber
 - Haushalte mit Kindern – besonders die mit drei und mehr Kindern
 - Alleinerziehende Haushalte
- Die Preise für Strom für Privathaushalte sind von 1998 bis 2006 um 26 Prozent angestiegen. Der Hartz-IV-Regelsatz wurde jedoch bis 2006 nur um 7,2 Prozent angeglichen. Im derzeitigen Regelsatz (359 Euro) sind 22,62 Euro für die monatliche Stromrechnung vorgesehen. Tatsächlich bezahlt jeder Deutsche im Durchschnitt 37,97 Euro pro Monat für Strom. Schätzungen zufolge haben etwa 250 000 Menschen in Deutschland keinen Strom mehr, weil ihnen wegen Stromschulden der Strom abgestellt wurde. Die Hartz-IV-Behörden tun sich oft schwer damit, die Schulden zu übernehmen.
- Für die Anschaffung von neuen (energieeffizienten) Haushaltsgeräten sollen die ALG-II-Empfänger einen Betrag von 1,58 Euro pro Monat aus ihrem Regelsatz ansparen. Somit würde es etwa 18 Jahre dauern, bis man sich einen neuen Kühlschrank oder eine neue Waschmaschine kaufen kann.



Karikatur: Hänchen

Sigrid Mertineit

Rundfunkgebührenabgabe zum Nachteil für Menschen mit Behinderungen

Zur Neuregelung der Rundfunkgebührenabgabe zum Nachteil für Menschen mit Behinderungen erklärt der Landtagsabgeordnete der LINKEN im Brandenburger Landtag und Sprecher für Menschen mit Behinderungen, Jürgen Maresch:

Von der Öffentlichkeit bisher weitgehend unbemerkt soll im bevorstehenden Rundfunkänderungsstaatsvertrag ein massiver Angriff auf die Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderung realisiert werden. Nach dem neuen Vertrag soll die bisher geltende Rundfunkgebührenbefreiung für Menschen mit Behinderungen abgeschafft werden.

Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung nicht an öffentlichen kulturellen Veranstaltungen und Angebote teilnehmen können, soll durch den Ausgleich die Möglichkeit geben werden, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Bislang

befreit von den Rundfunkgebühren sind zum Beispiel blinde und hörgeschädigte Menschen und Menschen mit einer Behinderung, deren Grad der Behinderung wenigstens 80 Prozent beträgt, und die



wegen ihrer Behinderung nicht an öffentlichen Veranstaltungen ständig teilnehmen können.

Die Betroffenen sollen, sofern sie finanziell leistungsfähig sind, zum 1. Januar

2013 erstmalig mit einer Gebührenpflicht in Höhe von 5,99 Euro im Monat belastet werden.

Auch gemeinnützige Einrichtungen für Behinderte und der Jugend- und Altenpflege würde dies betreffen. Die geplante Neuregelung der Rundfunkgebührenabgabe bedeutet eine klare Schlechterstellung für die betroffenen Menschen mit Behinderungen.

Die bisherige Befreiung von den Gebühren stellte einen behinderungsspezifischen Nachteilsausgleich dar. Dieser Nachteilsausgleich war bisher nicht an das Kriterium der finanziellen Leistungsfähigkeit geknüpft.

Ich fordere mit Nachdruck, dass die Pläne zur Abschaffung der Rundfunkgebührenbefreiung für Menschen mit Behinderung umgehend fallen gelassen werden!

Lustiges

Ein Rabe sitzt im Wald auf einem Ast. Kommt ein zweiter Rabe vorbei und fragt: „Was machst du denn da?“ „Nix, ich sitz nur da und schau blöd.“ „Klingt gut, das mach ich auch.“ Und der zweite Rabe setzt sich neben den ersten auf den Ast.

Kurze Zeit später kommt ein Hase daher und sieht die beiden Raben. „Was macht ihr denn da?“ „Nix, wir sitzen nur da und schauen blöd.“ „Das will ich auch probieren“, sagt der Hase und hockt sich unter den Ast.

Es dauert nicht lange, da kommt ein Fuchs des Weges. Er sieht den Hasen und die beiden Raben und fragt: „Was macht ihr denn da?“ „Nix, wir sitzen nur da und schauen blöd“, erklärt ihm der Hase. „Aha“, meint der Fuchs und gesellt sich zum Hasen. So hocken alle vier da, machen nix und schauen blöd, bis ein Jäger vorbeikommt und den Fuchs und den Hasen erschießt.

„Siehst du, was ich immer sag“, meint der eine Rabe zum anderen, „nix tun und blöd schauen geht nur in einer höheren Position.“

Peter Loeff

Die Sache mit der Chip-Karte

Die Chip-Karte für Kinder aus Hartz-IV-Familien ist mittlerweile in aller Munde.

Die Idee für dieses moderne System, so tönte Frau von der Leyen unlängst, habe sie aus Schweden. Dort, so meinte sie, erfreue sich das Chip-Karten-System bei den Kindern großer Beliebtheit.

In puncto Arbeitswelt, Sozialsysteme und Familienpolitik können wir in der Tat viel von unseren nördlichen Nachbarländern lernen. Es wird ja gemunkelt, dass die Nordländer sich das Modell der zehnklassigen Gemeinschaftsschule und das System der Kinderbetreuung in den 70er-Jahren von der DDR abgeguckt hätten.

Wie auch immer – ein Journalist der „Frankfurter Rundschau“ machte sich extra die Mühe, im Land der Sonnenwendfeiern nach einem solchen Chip-Karten-System zu fahnden.

Seltsam – weder bei Familien noch bei der schwedischen Sozialbehörde ist ein solches System bekannt. Dabei soll es laut Frau von der Leyen schon seit zehn Jahren praktiziert werden. Auch die Mitarbeiter im Sozialamt in Stockholm schüttelten die Köpfe. Und in der schwedischen Botschaft fragte man sich,

wovon die Frau Ministerin da eigentlich spreche.

Doch der Journalist wurde noch fündig: Von der schwedischen Kommunalverwaltung erfuhr er, dass es in einigen Kommunen tatsächlich ein Chip-Karten-Modell gibt. Dieses wird jedoch nur vereinzelt praktiziert. Man hilft so Menschen, die nicht mit Geld umgehen können, mit Hilfe der Chip-Karte Weihnachtseinkäufe zu erledigen oder Extra-Rechnungen zu begleichen. Aha! Im Umkehrschluss könnte man ja fast denken, die Frau Ministerin unterstellt den Hartz-IV-Beziehern mit Kindern, dass sie nicht mit Geld umgehen können...

Im Übrigen wird in Schweden die so genannte „Soziale Versorgungshilfe“ in bar ausgezahlt. Darin enthalten sind auch die zusätzlichen Kosten für Kinder.

Also – liebe Frau von Leyen – wenn Sie schon bei den Schweden abgucken, weil Ihnen nichts Vernünftiges einfällt, dann tun Sie es doch bitte richtig!

Und – glauben Sie wirklich, dass Kinderarmut durch Gutscheine und Chip-Karten beseitigt werden kann?

Sigrild Mertineit

Cottbuser Stadtumbau langfristig und zielgenau

Linke Landespolitiker berieten und erklärten: Das ist besser als Abriss

Am 2. August besuchte der Sprecher für Stadtentwicklung, - Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion der LINKEN im Brandenburger Landtag, Axel Henschke, unsere Stadt. Der Landespolitiker wurde vom heimischen Landtagsabgeordneten Jürgen Maresch begleitet. Wesentliches Ziel Henschkes Besuches war die Darstellung des Stadtumbaus in Cottbus, seine Bilanz und ein Ausblick auf kommende Maßnahmen des Stadtumbaus in Cottbus.

Zunächst wurde in einem Gespräch mit der zuständigen Beigeordneten Marietta Tzschope, dem Geschäftsführer der GWC Cottbus, Herrn Dr. Kunze und weiteren Vertretern der Stadtverwaltung Cottbus die Bedeutung eines langfristigen und zielgenauen Stadtumbaukonzeptes für Cottbus dargestellt. Stadtumbau in Cottbus und in jeder anderen Stadt ist sehr viel mehr als Abriss und Neubau von Wohnungen bzw. Gestaltung von Infrastruktur.

Im Anschluss an das Gespräch wurden die Stadtteile Sachsendorf/Madlow, Spremberger Vorstadt, Schmelwitz und Sandow besucht. Hier erhielten die Politiker die Möglichkeit, sich vor Ort ein Bild vom Stadtumbau zu machen. Dabei wurde festgestellt, dass Stadtumbau, seine Folgen und seine Wirkungen von Stadtteil zu Stadtteil unterschiedlichste Wirkungen entfalten können. So sind die Probleme und Lösungen beim Thema Stadtumbau im Stadtteil Sandow andere als im Stadtteil Sachsendorf/Madlow.

Dies zu berücksichtigen und in seiner Unterschiedlichkeit dann zu einem einheitlichen Stadtumbaukonzept zu entwickeln, ist eine besondere Herausforderung. Der Faktor einer älter werdenden Gesellschaft und der Ansprüche und Notwendigkeiten daraus auf das Wohnumfeld, auf die Wohnungen an sich, wirken in allen Stadtteilen und wird zukünftig

mehr Berücksichtigung finden müssen. Dabei junge Menschen und Familien mit einzubeziehen und das Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen harmonisch zu gestalten, ist die größte Herausforderung auf dem Gebiet des Stadtumbaus in Cottbus.

Abschließend erklärte Axel Henschke: „Vor allem in Brandenburgs größter Stadtumbaukommune zeigt sich exemplarisch, wie komplex, vielgestaltig, standortspezifisch und sensibel der Umbau als Stadtentwicklungsprozess gestaltet werden muss. Allgemeingültige Erfahrungen und Prämissen bedürfen zwingend der Aufnahme, Anpassung und Ergänzung durch lokale Kompetenz und Initiative.“

Die Cottbuser Akteure führen den Stadtumbau als Umgestaltung mit und für Menschen. Dem entsprechen auch ihre Forderungen an die Landes-, und Bundespolitik, konsequent die Städtebauförderung auch im Umfang fortzusetzen, die weitere Altschuldenentlastung zu sichern, die Bürokratie im Handling zu reduzieren, das Maß der Flexibilisierung bei der Nutzung der Förderinstrumente weiter zu erhöhen und zu prüfen wie sie

auch auf die Zeiträume der Nutzungsbindung übertragen werden können.

Die interessanten Begegnungen vor Ort bestätigten die Notwendigkeit sozialer Begleitung, besser noch der direkten Einbeziehung sozialer Kompetenz in Planung und Umsetzung.

Im Stadtumbau wird so erprobt, was für Wohnungsunternehmen, ArGen und Agenturen zunehmend zum geschäftsleitenden Standard werden sollte.

Interessant waren zugleich die diskutierten Probleme und Erfahrungen zu den Korrelationen von Stadtumbau und Wohnungsmarktentwicklung – hier besonders unter den Aspekten des kleinräumigen und mietgünstigen Segments in Verbindung mit den kommunalpolitischen Belastungen bei KdU erörtert – sowie zu den Problemstellungen Segregation und Flächenmanagement.

Schlussendlich bleibt die Klarheit, dass dieser vielgestaltige Prozess der konsequenten Führung durch die Stadt bedarf.

Bleibt zu danken für die vorzügliche Betreuung sowie die sehr offenen, sachlichen und hochinteressanten Begegnungen.“



Herr Tiehle vom Stadtplanungsamt in Cottbus, Axel Henschke (Mdl) und Karin Kühl im Gespräch.

Wir sitzen alle im selben Boot

(Nach der gleichnamigen Schlagermelodie)

Wir sitzen alle im selben Boot,
predigt die Hautevolee.
Das erzählt sie immer bei Bedarf
und das ist von gestern der Schnee.
Wir sitzen alle im selben Boot,
und das ist auch tatsächlich so.
Doch die Einen sind in der Luxuskabine,
und die Anderen putzen das Klo.

Und der Kapitän heißt Angela Merkel,
eines frommen Pfarrers Kind.
Sie schickt Soldaten nach Afghanistan,
wo sie als Mörder am Werke sind.
Ihren Herrn Rüttgers
kann man für 6000 mieten.
Ihr Herr Tillich kost' nicht so viel.
Soll das Leben in ihren Luxussuiten
doch bezahl'n, wer drin leben will.

Wir sitzen alle im selben Boot,
und das ist auch tatsächlich so.
Bloß die Einen sind in der 1. Klasse
und die Anderen putzen das Klo.

Und der erste Offizier heißt Westerwelle,
es mangelt ihm an Verstand.
Das führte dazu dass er unlängst
die Hartz-IV-Dekadenten erfand.
Und seine FDP lässt sich nicht lumpen,
für eine satte Million
hilft sie schon mal,
die Mehrwertsteuer zu senken,
den Hotelbesitzern zum Lohn.

Wir sitzen alle im selben Boot,
und ich sage Euch, das stimmt.
Nur dass die einen im Luxus schwimmen
und die andern Rudersklaven sind.
Doch die in ihren Luxuskabinen
schauen sicherlich dumm,
wenn die Anderen
mal das Rudern sein lassen
und drehen den Spieß einfach um.
Auch die sitzen nämlich im selben Boot
und sehnen eines Tags nicht mehr ein,
dass sie immer noch mehr
schufteten sollen.
Da muss endlich mal Ordnung rein!

Günter Düring

Von der Flucht zum Fluch

Nach geglückter Flucht des Horst Köhler aus dem Amt des Bundespräsidenten stand am 30. Juni die Wahl eines neuen „Stempelmanns“ an. Ehrlicherweise sind es ja nicht sehr vielmehr Kompetenzen, die mit dem Herrn über Schloss Bellevue verbunden sind. Dennoch gerieten das Vorspiel sowie die Wahl seines Nachfolgers selbst, diesmal besonders ins partei- und machtpolitische Getriebe, wobei Demokratie und Amt derart unter die Räder kamen, das sie weitere Beschädigung erfuhr. So konnte das Ergebnis am Ende des Wahl-Tages eigentlich niemanden richtig beglückt haben.

Drei Wahlgänge waren erforderlich, ehe der schwarz-gelbe Koalitionskandidat Christian Wulff als neuer Bundespräsident inthronisiert war. Der Kandidat von SPD/Grüne, Joachim Gauck, aber auch die LINKE-Kandidatin Luc Jochimsen, erreichten beachtenswerte Ergebnisse und verhinderten so einen schwarz-gelben Durchmarsch. Zweimal verpasste der Niedersachse Wulff die absolute Mehrheit. Viele Beobachter werteten das als Denkmittel für die Regierung Merkel-Westerwelle. Nicht so die Kanzlerin. Ist ihr also nun vollends die (politische) Logik und die (politische) Lesekompetenz abhanden gekommen? Müssen erst wieder Wahlen für Nachhilfe sorgen, oder stellt sich noch vorher ein Lernerfolg ein?

Was wäre noch zu diesem Tag und über die Kandidaten nachzutragen? Ein spannender Fakt ist, dass die frühere Bundespräsidenten-Kandidatin Dagmar Schipanski (CDU) als Wahlfrau abberufen wurde, weil sie sich nicht auf Christian Wulff festlegen wollte und stattdessen mit Joachim Gauck liebäugelte. Wie man an diesem Beispiel sieht, hat die Freiheit in Deutschland auch ganz ohne Mauer ihre Grenzen. Da bleibt also noch Einiges an demokratischer Aufbauarbeit zu leisten. Gerade auch die Partei DIE LINKE. könnte dort mit ihrem Erfahrungshintergrund aus zwei Systemen viel beitragen. Das nur am Rande.

Nicht nur mit LINKEN, sondern auch mit dem objektiven Auge betrachtet, war Luc Jochimsen, die einzige wirklich inhaltlich-alternative Kandidatin, die in der Bundesversammlung zur Wahl stand. Denn die beiden anderen Bewerber stehen für neoliberale Konzepte, die sich als Konzepte der Krise erwiesen haben.

Und beide Bewerber unterstützen vorbehaltlos den Einsatz militärischer Mittel in der Außenpolitik. Allein schon aus diesen beiden Gründen war es der LINKEN-Delegation unmöglich, die Kandidaten Wulff und Gauck zu wählen. Für LINKE wäre es ein absurder Vorgang, Neoliberale und Kriegsbefürworter in ein Staatsamt zu wählen!

SPD und Grüne haben offenbar keine Probleme, wesentliche Grundsätze und Prinzipien über Bord zu werfen. Sollten sie geglaubt haben, dass DIE LINKE. ebenso verwerflich mit ihren Grundsätzen und Prinzipien umginge? Denn, wie sollte man das rot-grüne Drängen, dass DIE LINKE. Gauck mitwählen sollte, anders interpretieren?

Dann, nach der Wahl von Wulff im dritten Wahlgang, fing Rot-Grün an, auf die Linkspartei zu schimpfen. Sie taten es trefflich und lagen doch völlig daneben. Man hätte die Chance vergeben, die Koalition bei einer Wahl Gaucks zu schwächen. Und die Linkspartei habe die Möglichkeit vergeben, endgültig über ihren SED-Schatten und über ihr Stasi-Erbe zu springen. Was ist das für ein Blödsinn! Wollen wir dann auch mal über Schatten und Erbe der SPD reden? Noske, Kriegskredite, Radikalenerlass, Kriegseinsätze der Bundeswehr, HARTZ-IV? Da wird es aber zappenduster!

Hätten SPD und Grüne tatsächlich ein ernsthaftes Interesse gehabt, einen auch für DIE LINKE. wählbaren Kandidaten zu finden, dann hätten sich mal die Polit-Profis (?) von SPD und Grünen ein paar Tage vorher zum Gespräch mit der LINKEN einfinden können und nicht erst nach zwei Wahlgängen. Aber so? Das war unprofessionell und in Teilen auch erpresserisch. Und das muss sich auch eine Partei DIE LINKE. nicht gefallen lassen.

Nun ist Christian Wulff nach drei verflucht langen Wahlgängen zum zehnten Bundespräsidenten gewählt worden. Mit neun Stunden war es die bislang längste Bundesversammlung. Gemeinhin weiß man: Die Länge sagt noch nichts über die Qualität, die kann er in fünf Jahren Amtszeit nachweisen. Hoffen wir alle, dass sich der Fluch des Rücktritts seines flüchtigen Vorgängers Prof. Horst Köhler nicht bei ihm ähnlich niederschlägt...

René Lindenu

**Sozialkahlschlag
stoppen! DIE LINKE.**

„Gemeinsam - nicht einsam!“

Cottbuser Seniorenverband feiert 20. Jahrestag seiner Gründung

Der Brandenburgische Seniorenverband (BSV), Ortsverband Cottbus e. V. (so der offizielle Name), kann ein Super-Jubiläum feiern.

Die Festveranstaltung zum 20. Jahrestag seiner Gründung findet am 23. September statt. Dieses ist nicht nur ein Ritual im „Brandenburger Hof“. Die Verbandsmitglieder könnten es sich gar nicht anders vorstellen. Denn dieses Lokal ist für sie stets und ständig ihr Treffpunkt unter dem Motto „Gemeinsam – nicht einsam!“

Wie kam es zur Gründung?

Was ist der Seniorenverband, wie entstand er, was tut er, wer kann da mitwirken und sich wohlfühlen? Darüber und über noch mehr sprach „Herzblatt“ mit Wolfgang Szuka, dem 1. Vorsitzenden.

Zunächst einmal: Er, 71 Jahre alt, also im Prinzip noch ein „Jüngling“, übt dieses Ehrenamt seit vier Jahren aus, nachdem er zuvor Stellvertreter und Schatzmeister war. Wie kam er dazu, warum tut er dieses?

Ich habe immer gesellschaftlich gearbeitet, so Wolfgang Szuka. Und als ich dann in den Vorruhestand ging, brauchte ich einen Ausgleich. Ich hatte schließlich 33 Dienstjahre, zuletzt als VP-Hauptkommissar, hinter mich gebracht.

Ein Zitat von ihm: „Ich wollte nach dem 3. Oktober nicht noch mein Mützenemblem ändern. Deshalb der Schritt in den Vorruhestand.“

Damals, nach der Wende, gab es einen Aufruf seitens des BRH (Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen), einer westdeutschen Seniorenorganisation des DBB, dass sich Ruheständler in einem eigenen Verein organisieren sollten.

Das wurde auch in Cottbus, unter der Leitung von Adolf Fricke, einem Eisenbahner, umgesetzt. Das Motto war: „Leute wehrt Euch!“

Cottbus war einer der ersten drei Vereine, die in Brandenburg gegründet wurden.

Diese Seniorenorganisation hatte damals sehr viel Zulauf, weil sie unter anderem Rechtshilfe gab für sehr Viele, die zu DDR-Zeiten unter anderem bei der Polizei, der NVA und verschiedenen Behörden gearbeitet hatten.

„Bald fand auch ich den Weg in den Bund“, so Szuka.

Was tut der Verein?

Er tut sehr, sehr Vieles. Schwerpunkte sind selbstredend der Freizeit- und der Soziale Bereich. Wir betreuen unsere Mitglieder, machen Krankenbesuch, gratulieren zu Geburtstagen und Jubiläen, und vieles andere mehr.



Wolfgang Szuka, 1. Vorsitzender des Cottbuser Seniorenverbandes

Nach einem Jahres-Veranstaltungsplan, der jedem Mitglied übergeben wird, kann sich dann Jeder informieren, was wann und wo passiert und wo man unbedingt dabei sein sollte. Unser Gesamtangebot, so Wolfgang Szuka, hat zur Folge, dass uns unsere Mitglieder die Treue halten. Für den Vorstand ist das natürlich eine Verpflichtung, dieses Vertrauen immer wieder zu rechtfertigen.

Was passiert dann so im Jahr?

Erstens: Jährlich gibt es sechs Mitlieder-versammlungen, in denen den Mitgliedern erläutert und geholfen wird in Fragen, die sie bewegen (Vorträge zu medizinischen Problemen, der Verbraucherzentrale, des Mieterbundes, ein Tag der Gesundheit mit der Flamingo-Apotheke,

Buchlesungen und Besuche in verschiedenen Einrichtungen).

Die Geselligkeit wird bestimmt durch einen Fasching, einen Tag der Seniorentalente, die Frauentagsfeier, ein Herbstfest mit großer Tombola sowie eine Weihnachtsfeier.

Zweitens: Viermal im Jahr finden Verkehrsteilnehmerschulungen (mit Stempelkartennachweis) und bei Bedarf Verkehrssicherheitstrainings für Senioren statt.

Drittens: Der Super-Frauen-Stammtisch ist das Edelstück des Vereins. Immer wieder stehen interessante Besuche, mit anschließendem Kaffeeklatsch, auf dem Programm. Alle Damen sind total begeistert und engagiert.

Viertens: Es gibt eine Radfahrergruppe und es werden Tagesfahrten, über das Jahr verteilt, angeboten.

Das sind nur einige der vielseitigen Angebote, die im Jahresverlauf den Mitgliedern zur Verfügung stehen.

Als kleines Fazit, so Wolfgang Szuka: „Es gibt viel Begeisterung und Engagement. Das will immer wieder neu entfacht werden. Wir als Vorstand müs-

sen immer aktuell reagieren. Und in jeder Gruppe gibt es einen harten Kern, auf den absolut Verlass ist.

Aber dennoch würden wir sehr glücklich sein, wenn sich noch mehr bei uns engagieren würden.“

Nähere Informationen über den Cottbuser Seniorenverband gibt es beim 1. Vorsitzenden, Wolfgang Szuka, unter der Telefon-Nummer: 79 39 21. Vielleicht würden auch Sie da Einiges erfahren, was Sie interessiert. Der Verein würde sich sicherlich sehr freuen.

Und denken Sie immer daran: „Gemeinsam – nicht einsam!“ Das sollte das Motto aktiver Senioren sein!

Text und Foto: Horst Wiesner

Ablenkungsmanöver der SPD bei Rente ab 67

Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) verlangt, gesetzliche Rente zur solidarischen Bürgerversicherung umzugestalten.

„Der so genannte Kompromiss der SPD zur Rente ab 67 ist ein reines Ablenkungsmanöver. Die SPD will vergessen machen, dass sie in trauter Koalition mit der Union diese unsoziale Kürzung durchgedrückt hat.“



Am Kern der Rente ab 67 hält sie stur fest - wie gehabt soll diese ab 2029 für jeden gelten“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann zu aktuellen Meldungen über einen Kompromiss der SPD-Spitze. Enkelmann weiter: „Statt mit der LINKEN über Vorschläge zu einer solidarischen Bürgerversicherung zu reden, geht es der SPD vor allem darum, die umstrittene Rente ab 67 in den kommenden Wahlkämpfen vom Tisch zu bekommen.“

Jüngsten Umfragen zufolge sprechen sich über 90 Prozent der Bevölkerung gegen die Rente ab 67 aus.“ Ein Aussetzen oder Stoppen dieser verkappten Rentenkürzung reiche der LINKEN aber nicht, betont Enkelmann. „DIE LINKE will, dass die gesetzliche Rente wieder zu einem verlässlichen Alterseinkommen wird und ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Das geht nur mit einer Bürgerversicherung, bei der sich Vermögende und Gutverdienende nicht mehr aus der Verantwortung stehlen können und bei der unter anderem die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben wird.“

Jürgen Maresch: „Offene“ Beobachtung ist problematisch und sachlich falsch

Jürgen Maresch erklärt zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes über die Zulässigkeit einer „offenen“ Beobachtung von unter anderem Landtagsabgeordneten der Partei Die LINKE. durch das Bundesamt für Verfassungsschutz :

Ich gebe zu, dass mich diese Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes überrascht hat. Ich halte die Entscheidung an sich für problematisch und für sachlich falsch. Sie bringt mich persönlich in Bedrängnis.

Ich bin seit 1990 Bundesbeamter. Auf Grund meines Landtagsmandates, welches ich in einer demokratischen Wahl (direkt) errungen habe, bin ich derzeit unter Wegfall der Besoldung beurlaubt.

Ich habe mich zwanzig Jahre lang immer und immer wieder in meiner beruflichen Laufbahn und - so hoffe ich - in meinem persönlichen Leben für die freiheitliche - demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt. Diese zu schützen, habe ich einen Eid geschworen. Diesen Eid meine ich ernst, übrigens auch in Zukunft.

Wie soll ich mich jetzt verhalten? Ich nehme zur Kenntnis, dass Richter des Bundesverwaltungsgerichtes der Meinung sind, dass der Polizeibeamte Jürgen Maresch, derzeit Landtagsabgeordneter im

Brandenburger Landtag für die Partei DIE LINKE. durch das Bundesamt für Verfassungsschutz, offen zu beobachten ist.

Ich will deutlich herausstellen, dass ich mich immer für die freiheitliche, demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt habe und dies auch weiter beabsichtige. Dies habe ich im Vorfeld meiner Wahl auch in einem Gespräch mit einem Beamten des Bundesamtes für Verfassungsschutz so dargestellt.

Meine Frage ist, ob ich nun als demokratisch gewählter Abgeordneter, nach Beendigung meines Mandates, nicht mehr in den Polizeidienst zurückkehren darf. Bin ich für den Polizeidienst des Bundes nicht mehr tragbar?

Gibt es Anlass an meiner Verfassungstreue zu zweifeln?

Muss ich jetzt mein demokratisch erworbenes Mandat zurückgeben?

All dies bewegt mich derzeit sehr. Mich als potenziellen Verfassungsfeind hinzustellen ist einfach grotesk. Dagegen verwahre ich mich auf das entschiedenste. Linke Politiker wie ich gehören längst zum parlamentarischen Alltag. Alle Politiker der LINKEN unter einen Generalverdacht zu stellen ist schlicht und einfach nicht nachvollziehbar und falsch.

In der Rentenfalle: SPD zwischen Hüh und Hott

Erst drei Jahre ist es her, dass die Große Koalition in schöner Einigkeit mit den Stimmen von CDU und SPD die Rente mit 67 beschlossen hat. Ab 2012 soll sie schrittweise eingeführt werden, so will es das Gesetz.

Seither gibt es ein ständiges Hüh und Hott in der SPD. Viele betrachten die Rente mit 67 als reine Fata Morgana. Steht doch diese Absicht so fern jeder Realität, dass man nur lachen kann. Die Verfechter des Gesetzes zielen nur auf eins: Den Leuten die Renten zu kürzen und die Einsparungen ins Staatssäckel zu stopfen.

Ein einziger Beweis dafür genügt: Schon heute üben nur 21,5 Prozent aller

60- bis 64-Jährigen eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit aus. Und die anderen? Mal abgesehen von den gutsituierten Pensionären, wurden sie in die vorzeitige (gekürzte!) Rente gedrängt, sind arbeitslos, Hartz-IV-Empfänger oder fristen ihren Lebensunterhalt mit minder bezahlten Nebenbeschäftigungen. So viel zur Rente mit 67!

Aus gutem Grund fordern deshalb SPD-Landespolitiker wie Klaus Wowereit oder Christoph Matschie, schnellstens von der Verlängerung des Rentenalters wieder abzurücken. Das Hick-Hack aber wird weitergehen - bis zum Bundesparteitag der SPD im September oder länger!

G.K.

Glossiert: Sind 75 Cent genug?

Mitte August beschloss die Bundesregierung, die Hilfe für die 20 Millionen Flutopfer in Pakistan auf 15 Millionen Euro aufzustocken. Gut so! Macht 75 Cent einmalige Beihilfe für jedes Opfer. Reicht das? Es ist schließlich die Zeit des großen Sparens im Bundeshaushalt, insbesondere im Sozialbereich. Ist ja auch der größte Etat im reichen Deutschland.

Da gönnt sich die „Wir-alle-müssen-sparen“-Kanzlerin gleich mal 35 Millionen Steuer-Euronen mehr(!) für sich und ihre Bediensteten im laufenden Haushaltsjahr. Na gut: Ein paar Stiftungen werden davon auch noch bedient. Die Position heißt „Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt“ und ist im Bundeshaushaltsplan nachzulesen. Ein bisschen

versteckt, aber da. Der Gesamtbetrag beläuft sich in 2010 auf 1844 Millionen Euro – die unersättliche Sparkanzlerin erhöhte sich diesen Posten seit ihrer

Amtsübernahme pro Jahr um rund 30 bis 70 Millionen Euro, Altkanzler Schröder begnügte sich noch mit rund 1,485 Milliarden pro Jahr.

nimmt sich da Budget des Staatsoberhauptes dieser Bundesrepublik, des Bundespräsidenten mit 28 Millionen Euro in 2010 ja äußerst bescheiden aus.

Übrigens arbeitet die Kanzlerin nicht für umsonst.

Sie bekommt reguläre Bezüge: etwa 226 000 Euro pro Jahr nach der Besoldungstabelle 2009.

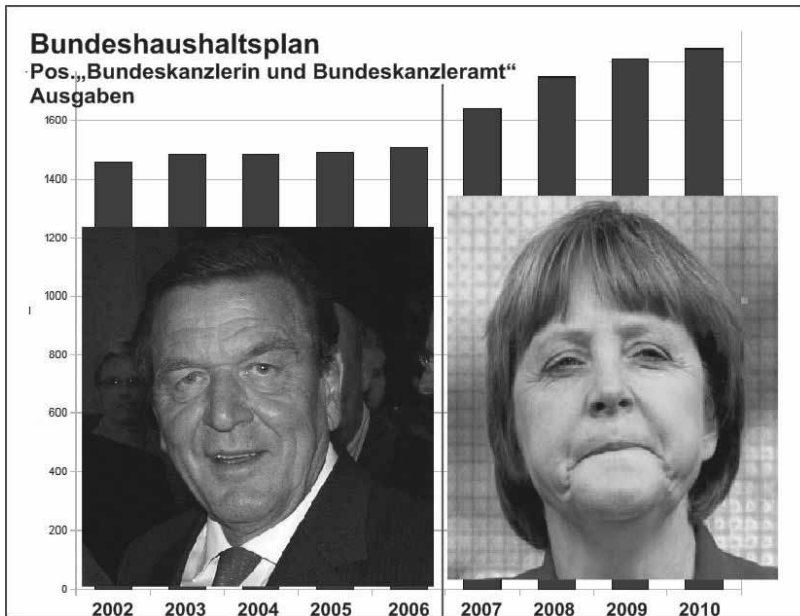
Hinzu kommen noch beamtenrechtliche Zuschläge in Höhe von rund 22 000 Euro. Ihre Einkünfte muss die Bundeskanzlerin versteuern, allerdings muss sie – wie Beamte – keine Arbeitslosenversicherungs- und keine Rentenbeiträge bezahlen.

Wieviel die Spar- und Spende-Kanzlerin davon an Hilfsorganisationen

und Katastrophenopfer spendet, ist nicht bekannt.

Ist ja schließlich Privatsache ..

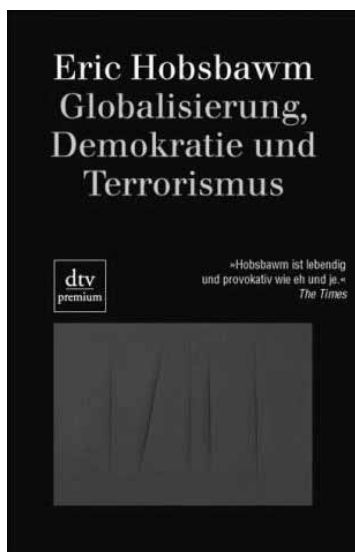
RU.



Stolze Summen für einen Bereich, der kein Ministerium (swasserkopf) hinter sich hat, also im Wesentlichen für eine Repräsentationsfigur zuständig ist. Da

Buchbesprechung

„Globalisierung, Demokratie und Terrorismus“



Das ist das neueste unter den zahlreichen Werken des britischen Histori-

kers, Eric Hobsbawm, den Hans Magnus Enzensberger den wahrscheinlich „klügsten Kommunisten des zwanzigsten Jahrhunderts“ nennt.

Das Buch ist eine Sammlung verschiedener Aufsätze und Reden, die der Autor von 2000 bis 2006 zu verschiedenen Gelegenheiten verfasst und gehalten hat.

Es geht um Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert, um Nationen und Nationalismus, um die liberale Demokratie und ihre Perspektiven sowie die Globalisierung. Diese hat nach Hobsbawm zwar den Wirtschaftsbereich voll erfasst, in der internationalen Politik jedoch noch wenig bewirkt. Globalisierung freier Märkte hat nationale wie internationale Ungleichheit vertieft und ihre folgen spüren am meisten diejenigen, die am wenigsten von ihr profitieren.

Schärfste und vielfältige Kritik übt der Autor an der Politik des ehemaligen USA-Präsidenten Bush. Sie verdeutlicht, was eine Hegemonialmacht im eigenen Interesse unterlassen muss.

In der Demokratie sieht auch Hobsbawm die beste aller Regierungsformen, jedoch kein Allheilmittel, das man dem „Patienten“ aufzwingen kann.

Vieles, was Hobsbawm schreibt, ist nicht überraschend neu. Manchem Gedanken kann man auch widersprechen. Aber seine Formulierungen sind faszinierend und einprägsam. Zum Beispiel „sollten Großmächte nicht so tun, als würden sie ihren Opfern einen Gefallen tun, wenn sie sie erobern ...“. *Dietrich Loeff*

Deutscher Taschenbuch-Verlag GmbH & Co. KG, München, Preis 14,90 Euro

Es ist politische Naivität

Offener Brief an den Wirtschaftsausschuss des Landtages Brandenburg

Es ist politische Naivität, wenn die Energieversorgung der Zukunft einem Konzern überlassen wird, der nachgewiesenermaßen Einzel- und Gruppeninteressen gegen nachhaltige Verfolgung von Gemeinwohlinteressen stellt.

Eine gegenteilige Auffassung kann nur vertreten, wer glaubt, die Konzernphilosophie beinhalte die Ablösung der atomaren und fossilen Energieträger und die ausschließliche Erzeugung von Nutzenergie aus erneuerbaren Quellen. Eine derartige Konzernphilosophie ist unglaublich, weil am Betrieb von Atomkraftwerken und an der Errichtung neuer Braunkohlen-Großkraftwerke festgehalten wird. Weder Kernkraftwerke noch geologische CO₂-Deponien sind für Haftung von Schäden aus Havarien versicherbar und deshalb politisch nicht zu verantworten.

Das Bundesland Brandenburg hat beste Voraussetzungen, die Null-Emission von klimaschädlichen Treibhausgasen aus Nutzung fossiler Energieträger wesentlich früher zu erreichen als es das Bundesumweltamt bezogen auf ganz Deutschland für realistisch hält. Maßstab für eine nachhaltige Energiepolitik mit Vorrang für Erneuerbare Energien im Land Brandenburg ist unter anderem die Erfüllung folgender Forderungen:

ERSTENS: Verzicht auf den Bau des 250 MW – Kraftwerkes in Jänschwalde

Begründung: Eine die Investition amortisierende Laufzeit ist nur in Konkurrenz zu und nicht unter Vorrang von Erneuerbaren Energien möglich. Die Elektroenergieerzeugung mit CCS ist ineffizient und kann wirtschaftlich schon heute nicht mehr mit der Wirtschaftlichkeit von Windkraftanlagen konkurrieren. Grundlastkraftwerke behindern den Fluktuationsausgleich von Erneuerbaren Energien mit dezentralen Blockheizkraftwerken.

Zweitens: Verzicht auf geologische Speicherung von CO₂

Begründung: geologische CO₂-Speicherung ist noch nicht erforscht, verzichtet auf die Rückführung von CO₂ in den Nutzungskreislauf und verhindert die

Viertens: Förderung von und Investition in Verfahrensentwicklung und Anlagenbau zur CO₂-Verwertung für Speicherenergie unter Verwertung von Solarenergie

Begründung: Nur geschlossene Stoffkreisläufe gewährleisten Effizienz und vermeiden klimaschädliche Ressourcennutzung. CO₂-Hydrierung ist eine Chemietechnologie zur Ablösung von Erdöl und Erdgas als Energieträger.

Fünftens: Vor Wiederaufschüttung des abgetragenen Deckgebirges in Braunkohletagebauen: Errichtung von Speicherbauten für Energieträger an Stelle der ausgekohlten Braunkohle-Tagebauflöze.

Begründung: Die vom Tagebau zerstörten Flächen der Kulturlandschaft werden zumindest für das Anlegen unterirdischer Energiespeicher ohne zusätzliche Erdbewegungen genutzt.

Sechstens: Ablösung der Tagebau-Fördertechnologie für Braunkohle durch Anwendung der Tunnelbautechnologie der Herrenknecht AG, Schwanau

Begründung: Mit Anwendung der Tunnelbautechnologie wird die mit dem Tagebau einhergehende Umweltzerstörung weitestgehend vermieden. Es entstehen keine zusätzlichen Kosten für Renaturierung und Speicherbau.

Die Tunnelbaumethode ist mit Aufbereitungsschritten und mit vereinfachten Transportverfahren für die abgebaute Braunkohle kombinierbar.

Unabhängig von gegenwärtigen Lizenzinhabern sind bundesweite Ausschreibungen für die bergbauliche Lizenzvergabe an Unternehmen erforderlich, die sich zur Erfüllung der genannten Forderungen verpflichten.

Text und Foto: Dieter Brendahl, Dipl.-Ing. (FH) Automatisierung und Elektrotechnik, Mitglied der LINKEN im Kreisverband DIE LINKE.Lausitz



Es gibt keinen dauerhaften CO₂- Müllkübel

vorrangige energetische Nutzung der Geothermie.

Drittens: Nutzung und Aufbau von Kapazitäten zur Synthesegaserzeugung aus Braunkohle

Begründung: Braunkohlensynthesegas ist Speicherenergie für dezentrale Erzeugungsstruktur von Nutzenergie, ist im vorhandenen Leitungsnetz speicherbar und Rohstoff für die chemische Industrie. Es ist Brücke zur ausschließlich klimaneutralen Verwendung von klimaneutral erzeugtem Synthesegas und Biogas.

LESERBRIEFE

Der politische Alltag ist unerbittlich

Wortmeldung der Basisorganisation 47

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger unseres Wohngebietes!

Der politische Alltag ist unerbittlich. Umweltkatastrophen und Kriege erschüttern vielerorts unsere Erde. Die Welt liegt auf der Intensivstation.

Merkel und Co wirtschaften in den deutschen und internationalen Finanzen und im Gesundheitswesen herum, dass der berühmte Elefant im Porzellanladen dagegen wie der Solotänzer eines Balletts erscheint. Und als Ausweg aus ihrer Krisenpolitik fällt ihnen nichts anderes ein, als dem „kleinen Mann“ noch tiefer in die Taschen zu greifen, nicht etwa in die der Vermögenden. Aber zum Glück gibt es auch Positives zu vermelden.

So dies: Unsere Partei, DIE LINKE., hat im Mai ungeachtet aller Unkenrufe ihren Parteitag in Rostock erfolgreich durchgeführt und einen arbeitsfähigen Vorstand gewählt, der bei der Bundespräsidentenwahl ganz ohne Hektik und

Öffentlichkeitsgetöse seine erste Bewährungsprobe bestanden hat.

Und auch dies: Die Wahlfrauen und Wahlmänner der LINKEN haben sich trotz einer gigantischen Medienkampagne für den SPD-Präsidentschaftskandidaten Gauck und trotz massiver Anfeindungen seitens der SPD-Führung nicht dazu verleiten lassen, ihre Stimmen für einen Befürworter des Afghanistankrieges und der Hartz-IV-Politik abzugeben.

Wir möchten Ihnen sagen: Es ist unsere feste Überzeugung, dass linke Politik in diesem Land dringend gebraucht wird. Und Sie können sich darauf verlassen: Wir sind und bleiben die Partei, die sich unbeirrbar für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Demokratie einsetzen wird.

*Die Mitglieder der BO 47:
Ilse Haiasch, Bertl Stephan,
Waltraud Thiele, Heinz Kluge,
Horst Vogel, Elisabeth Vogel,
Herbert Lubosch, Helga Düring,
Günter Düring*

„Zum Tode des Heimatforschers Hans-Hermann Krönert“

Das lesenswerte Buch „Cottbus“

Am 1. Juni erschien der Artikel „Zum Tode des Heimatforschers Hans-Hermann Krönert“ von Dora Liersch in der „Lausitzer Rundschau“. Darin wird unter anderem auch das Buch „Cottbus“ von Schutt/Krönert erwähnt. Wie kam dieses Buch in meinen Besitz?

Zur Wende arbeitete ich im VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe. Dieser Betrieb besaß zu diesem Zeitpunkt eine sehr umfangreiche Gewerkschaftsbibliothek. Diese war aber recht bald nicht mehr „zeitgemäß“ – also einfach überflüssig. Deshalb wurde sie aufgelöst.

Ein Teil der Bücher konnte verkauft werden, einen Teil übernahmen Schulen. Und alles, was sich nicht „verwerten“

ließ, verschwand in großen Abfallcontainern. Neben Christa Wolf, Ruth Kraft, Erik Neutsch und vielen anderen DDR-Literaten befand sich auch dieses Buch in diesem Container.

Damals kannte ich Hans-Hermann noch nicht persönlich. Heute bin ich froh, dass ich dieses Stück DDR-Alltag und ein Stück des Lebenswerkes von Hans-Hermann bewahren konnte. Das Buch vermittelt plastisch den bunten Alltag in Cottbus und die Lebensfreude seiner Bewohner.

Dieses Erlebnis macht aber auch deutlich, wie einfach sich DDR-Kultur entsorgen ließ.

Frithjof Newiak

Zum Beitrag

„In eigener Sache“

Wir müssen Fragen offensiv beantworten

Liebe Anneli!

Dein Artikel „In eigener Sache“ in der „Herzblatt“-Ausgabe Juli/August (Seite 10) lässt (mich) erkennen, dass wir in der Betrachtung und in der Auseinandersetzung mit unserer DDR-Vergangenheit und auch der der BRD (alt) und insgesamt der „neuen“ BRD immer noch reagieren, zumindest in der Öffentlichkeit.

Meines Erachtens nach sind wir eigentlich in der Lage, viele Fragen aus der Vergangenheit und die der Gegenwart offensiv zu beantworten.

Literarisch sind schon einige Beispiele, vor allem aus dem „Eulenspiegel-Verlag“, veröffentlicht worden. Lesenswert und im Alltag verwertbar. Auch für uns!

Die Gespräche mit der Jugend sind sehr wichtig. Das ergab ganz besonders das Treffen in unserer Geschäftsstelle am 6. Juli unter dem Motto „Das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen - Spiegelbild der Gesellschaft der DDR?“

Dem Vorwurf, das „Herzblatt“ würde Informationspolitik wie die „BILD-Zeitung“ betreiben, kann ich nicht folgen.

Die Veröffentlichung der Meinung der Jugend ist doch nur die Widerspiegelung der Wirkung der offiziellen Staatsdoktrin: Delegitimierung (???) der DDR, und das ohne Unterbrechung und bei ständiger Verleugnung historischer Wahrheiten, ohne Ursachen und Wirkungen in ihrer, auch gesamt, deutschen Entwicklung in die Analysen einzubeziehen.

Ich habe hiermit versucht, in etwa diese Problematik (unter anderem Austausch von Spionen) darzulegen, eben als Reaktion auf den Bericht der Jugendlichen. Die Problematik ist natürlich vielseitiger. Aber sie ist (wie die Gesamtheit der Sicherheits- und Geheimdienste) nicht nur auf die Vergangenheit der DDR zutreffend.

Gerhard Mahnhardt

Termine

- 06.09. 14.00 Uhr**
IG Politische Bildung
 Kreisgeschäftsstelle
18.00 Uhr Fraktionssitzung
 Kreisgeschäftsstelle
- 08.09. 10.00 Uhr AG Geschichte**
 Kreisgeschäftsstelle
- 16.09. 18.00 Uhr „In welcher Verfassung befindet sich ein demokratischer Staat? – ein Vergleich“**
 Diskussionsveranstaltung mit Wolfgang Neškovic MdB
 Kreisgeschäftsstelle
17.00 Uhr Khalil Gibran, Libanesischer Künstler, Dichter und Philosoph (1883–1931) wird von Andrea Hassan vorgestellt
 Christoph-Kolumbus-Schule, Muskauer Straße 1,
- 20.09. 16.00 Uhr KPF-Beratung „Kapital V - Europapolitik der LINKEN“**
 Kreisgeschäftsstelle
18.00 Uhr Fraktionssitzung
 Kreisgeschäftsstelle
- 22.09. 18.00 Uhr „Das Land und seine Finanzen“**
 Die Staatssekretärin für Finanzen Daniela Trochowski und der finanzpolitische Sprecher Christian Görke informieren über den Landeshaushalt
 Stadthaus
- 27.09. 18.00 Uhr Fraktionssitzung**
 Kreisgeschäftsstelle
- 28. und 29.09. Wolfgang Neškovic MdB im Wahlkreis**
- 29.09. 14.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung**
 Stadthaus Cottbus
- 30.09. 18.00 Uhr Kreisvorstand Lausitz**
 Kreisgeschäftsstelle
- 04.10. 14.00 Uhr IG Politische Bildung**
 Kreisgeschäftsstelle
- 13.10. 10.00 Uhr AG Geschichte**
 Kreisgeschäftsstelle
- 14.10. 18.00 Uhr Eröffnung der Ausstellung „20 Jahre Europäische LINKE“**
 Kreisgeschäftsstelle

Herzlichen Glückwunsch allen GenossInnen, die in den kommenden Tagen und Wochen Geburtstag feiern

September

- Zum 91.** Hildegard Rosenhahn (29.9.)
Zum 90. Richard Sudda (30.9.)
Zum 87. Hannelore Tschirner (25.9.)
Zum 85. Rolf Küster (3.9.)
Zum 84. Gerhard Schmiedel (11.9.)
 Karla Gutermuth (13.9.)
Zum 83. Edeltraud Schönecker (9.9.)
Zum 82. Gerd Heinrich (14.9.)
 Ilse Luckow (18.9.)
 Karl-Heinz Nicke (19.9.)
 Hans-Dieter Pehla (29.9.)
Zum 81. Helga Meyer (2.9.)
 Margot Meißner (4.9.)
 Lothar Wischniowski (20.9.)
Zum 80. Günther Jank (10.9.)
 Erika Nagora (29.9.)
Zum 70. Manfred Schemel (10.9.)
Zum 60. Karin Woelk (3.9.)
 Lothar Ewald (4.9.)
Zum 55. Helmut Dreko (29.9.)
Zum 50. Sigrid Mertineit (8.9.)
Zum 30. Lars Bernhard (3.09.)
 André Sieber (8.9.)

Oktober

- Zum 81.** Werner Plettig, (1.10.)
Zum 80. Ewald Flaschinski (5.10.)
 Werner Jandke (5.10.)
 Isolde Brüggemann (10.10.)
Zum 20. Paul-Sten Marquäß (2.10.)



Spruch des Monats

Reich ist, wer Freude daran hat,
 immer wieder Neues zu entdecken
 und sich täglich am Leben zu erfreuen.

indische Lebensweisheit

Programmdebatte

Regionalkonferenz der Landesverbände Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin

Wir suchen Fragen, Antworten und MitstreiterInnen!
 Die Debatte ist eröffnet. Eingeladen sind alle!

Sa., 18. September 2010
11:00 bis 18:00 Uhr

Stadthalle Rostock,
(Südring 90, 18059 Rostock)

DIE LINKE.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE. Lausitz, Kreisvorstand
 03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
 Telefon: (0355) 2 24 40

V.i.S.d.P.: KGF André Groß

Redaktion: Anneli Richter, Horst Wiesner

E-Mail: herzblatt@linkspartei-cottbus.de
 homepage: www.dielinke-lausitz.de

Redaktionsschluss Oktober-Ausgabe:

20. September